

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die ausbleibende Einigung
über EUROPOL kritisiert
Heinke Salisch MdEP: Streit
um die Kompetenzen.

Seite 1

Dokumentation

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat mit Blick auf die Tagung des Europäischen Rates ein "Düsseldorfer Manifest" erarbeitet. Wortlaut

Seite 2

49. Jahrgang / 230

2. Dezember 1994

EUROPOL kommt nicht in Gang EU-Minister können sich nicht einigen

Von **Heinke Salisch MdEP**

Innenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

Es ist kaum zu glauben, daß nach jahrelangen Gesprächen immer noch keine Einigung über die Europäische Polizeibehörde EUROPOL zustande kommt. Innenminister Manfred Kanther hat das Ziel, die EUROPOL-Konvention unter der deutschen EU-Präsidentschaft abzuschließen, nicht erreicht. Zwischen Absichtserklärungen bei UN-Konferenzen und dem Abschluß bindender Verträge liegen offensichtlich Welten.

Umstritten sind unter den EU-Ministern vor allem die zukünftigen Kompetenzen von EUROPOL sowie Fragen des Datenschutzes. Die von deutscher Seite vorgeschlagenen - allerdings hinter den Forderungen des EP zurückbleibenden - Aufgaben der Polizeibehörde, waren der französischen Delegation zu umfangreich, während beim Thema Datenschutz die Niederländer mit den Vorschlägen unzufrieden waren. Eine Einigung über den Ausbau der zur Zeit in Den Haag arbeitenden europäischen Drogeneinheit, die Vorstufe von EUROPOL, kam deshalb nicht zustande.

Zusätzlich erschwert werden die Verhandlungen durch innenpolitisches Taktieren einzelner Delegationen. Vor den französischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühjahr wird eine Einigung beim Prestigeobjekt EUROPOL von kaum jemandem für möglich gehalten. Der französische Entschluß, nichts zu entscheiden wird durch die Abwesenheit des französischen Innenministers Charles Pasqua bei den gestrigen Verhandlungen dokumentiert. Nächstes Jahr soll weiterverhandelt werden - dann allerdings unter französischem Vorsitz.

Es ist dringender denn je, einzelne Bereiche der Justiz- und Innenpolitik, vor allem den Aufbau von EUROPOL, in die Zuständigkeit der Europäischen Union zu übertragen. Themen wie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption und der Geldwäsche sind zu wichtig, um sie von wahltaktischen Überlegungen einzelner Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmen zu lassen. Das Beispiel EUROPOL beweist, daß wir in der europäischen Zusammenarbeit nicht weiter kommen, wenn allein die Regierungen die Entscheidungen treffen sollen.

***** (-/2. Dezember 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
www.sdp.de/sozialdem
Rechenberg-Partner



DOKUMENTATION

EGB: Das soziale Weißbuch umsetzen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat zur Tagung des Europäischen Rates am 9./10. Dezember 1994 in Essen ein "Düsseldorfer Manifest" formuliert, das wir im Wortlaut dokumentieren.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft als Vertreter von 45 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den in Essen tagenden Europäischen Rat auf, eine neue Phase der europäischen Integration einzuleiten. Europa muß eine Sozialunion werden. Es muß die bestehenden Ungleichgewichte zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration überwinden. Vor allem der deutschen Präsidentschaft und den ihr folgenden Präsidentschaften Frankreichs, Spaniens und Italiens kommen dabei besondere Verantwortung zu: In den kommenden 18 Monaten müssen die notwendigen Reformen auf den Weg gebracht werden, um die für 1996 geplante Veränderung des Maastrichter Vertrages im Sinne weiterer Fortschritte zu ermöglichen.

Unsere Zukunft heißt Arbeit

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit in der Europäischen Union muß das Hauptziel einer aufeinander abgestimmten Wirtschaftspolitik sein: Das im Weißbuch formulierte Ziel eines Abbaus der Arbeitslosigkeit um die Hälfte bis zum Ende dieses Jahrhunderts muß erreicht werden. Der EGB fordert darüber hinaus, daß in jedem Jahr die Zahl von Ausbildungsplätzen geschaffen wird, die der Zahl der Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt entspricht.

Der in allen Ländern festzustellende wirtschaftliche Aufschwung hat keine nennenswerten positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt der Europäischen Union. Dieser Aufschwung wird vor allem von Exporterfolgen getragen, während die Binnennachfrage stagniert. Aber die wirtschaftliche Wiederbelebung belegt auch, daß die Europäische Union ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern konnte, ohne die von den Konservativen propagierte weitreichende Deregulierung und "negative Flexibilisierung" zu verwirklichen.

Jetzt kommt es vor allem darauf an,

- * den wirtschaftlichen Aufschwung zu konsolidieren und zu stärken, um - auch durch die Verbesserung der Kaufkraft - neue Arbeitsplätze zu schaffen: Das ist der beste und sozialverträglichste Beitrag zur Senkung der öffentlichen Haushaltsdefizite;
- * das Zinsniveau niedrig zu halten, um weitere Investitionen zu fördern und nicht durch höhere Zinsen zu bestrafen;
- * ein qualitatives Wachstum zu fördern, das Arbeitsplätze schafft und die Umwelt schont.

Das im Dezember 1993 vom Europäischen Rat verabschiedete Aktionsprogramm sieht Investitionen in zukunftssträchtigen infrastrukturellen Bereichen vor (transeuropäische Netze). Dieses Programm wird den "Standort Europa" stärken. Und: Es wird für mehr Arbeit sorgen. Seine Umsetzung scheiterte bisher, weil sich die Regierungen der Mitgliedsländer nicht auf die Art der Finanzierung einigen konnten. Der Essener Gipfel muß dafür sorgen, daß aus Absichtserklärungen konkrete Politik wird.

Zur Modernisierung unseres industriellen Potentials und zur Schaffung neuer Angebote am Arbeitsmarkt ist eine große europäische industriepolitische Initiative unerlässlich. Grundlagen dafür sind durch die Mitteilung des Kommissars Bangemann, "Eine Politik für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union", geschaffen. Die Stärkung des europäischen Potentials in Forschung und Technologie und damit die Verbesserung des Innovationspotentials entsprechen ohne Einschränkung den Zielen des Maastrichter Vertrages.

Die Arbeitslosigkeit bekämpfen: Wachstum und Reorganisation der Arbeitszeit

Wir brauchen Wirtschaftswachstum. Aber Wachstum allein reicht nicht aus, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Die öffentliche Hand und die Sozialpartner müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und sicherstellen, daß die wirtschaftliche Wiederbelebung für mehr Beschäftigung sorgt. Eine Politik der "negativen Flexibilisierung" - vor allem Lohnsenkung, Abbau der Sozialleistungen und Minderung der Arbeitnehmerrechte - verschlechtert die Lebensqualität von Millionen Menschen, drängt Menschen mit niedrigem Einkommen in die Armut und grenzt Arbeitslose aus. Eine solche Politik erzeugt ein Klima der Unsicherheit, das den notwendigen Wandel unserer Gesellschaft blockiert.

Was wir brauchen, ist eine "positive Flexibilisierung":

- * vor allem eine Verbesserung und Verstärkung von schulischer und beruflicher Bildung und gezielte Maßnahmen zur Förderung junger Arbeitsloser und zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozeß,
- * öffentliche Förderung neuer sozialer Dienstleistungen, die verstärkt nachgefragt werden und neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen,
- * die Verkürzung, Umverteilung und Reorganisation der Arbeitszeit über Tarifverträge - eine weitere Möglichkeit zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das europäische Sozialmodell entwickeln

Das Europäische Sozialmodell ist eine Voraussetzung für den Erfolg der europäischen Integration. Die Verteidigung und die Weiterentwicklung dieses Modells ist entscheidend für die Bewahrung von Demokratie und Wohlstand.

Zu ihm gehören autonome soziale Beziehungen, ausgebaute Arbeitnehmerrechte, die Förderung von Chancengleichheit für Frauen und Männer und das Recht auf soziale Sicherheit: All das hat unmittelbar zum wirtschaftlichen Erfolg Europas beigetragen.

Das Europäische Modell ist ein positives Beispiel für den Neuaufbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den Ländern Ost- und Mitteleuropas.

Auf der Grundlage des "Sozialen Weißbuches" muß ein neues Soziales Aktionsprogramm aufgestellt und gleichzeitig das derzeitige Aktionsprogramm vollständig umgesetzt werden.

Unter der deutschen Präsidentschaft wurde die Richtlinie zur Einführung des Europäischen Betriebsrates verabschiedet, ein wichtiger Baustein für das Europäische Sozialmodell.

Eine Reihe anderer Richtlinien (zum Beispiel atypische Arbeit, Entsenderichtlinie oder Elternurlaub) konnten aufgrund mangelnder Übereinstimmung nicht verabschiedet werden.

Der EGB ist der Überzeugung, daß das Europäische Sozialmodell beides braucht: Regulierungen über Gesetze und Verträge zwischen den Sozialpartnern. Gesetze und Verträge müssen einander ergänzen.

Das Sozialprotokoll zum Maastrichter Vertrag hat den Weg zu Rahmenvereinbarungen zwischen den europäischen Sozialpartnern geöffnet. Der EGB ist an der erfolgreichen Umsetzung dieser neuen Möglichkeiten interessiert und zu verbindlichen Verhandlungen, zum Beispiel in der Frage des Elternurlaubs, bereit.

Für ein offenes und solidarisches Europa

Die Europäische Integration steht in einem globalen Zusammenhang. Deshalb muß die Europäische Union eine Politik der Öffnung und der Zusammenarbeit gegenüber den Ländern Ost- und Mitteleuropas, gegenüber den Anrainerstaaten des Mittelmeers und den Ländern der Dritten Welt betreiben, mit denen die Europäische Union ständige Beziehungen unterhält.

Die Staaten Ost- und Mitteleuropas, die mit der Union Europaverträge unterzeichnet haben, müssen klare und realistische Perspektiven über ihren Beitritt in die Europäische Union erhal-

ten. Diese Länder, aber auch jene, die der Union durch Assoziierungsverträge verbunden sind, müssen an einem strukturierten Dialog beteiligt werden, der nicht nur politischen und wirtschaftlichen, sondern auch sozialen Interessen entspricht.

Der EGB appelliert an alle Institutionen der Europäischen Union, die soziale Dimension in die Europa- und Assoziierungsverträge einzubeziehen und für die soziale Entwicklung gezieltere Kooperations- und Unterstützungsprogramme aufzulegen. Der Erfolg des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft ist in Frage gestellt, wenn er nicht von wirkungsvollen sozialen Maßnahmen begleitet wird.

Die enge Zusammenarbeit mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas darf nicht zu einer Schwächung der Zusammenarbeit und der lebenswichtigen Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums führen, die der Europäischen Union nicht angehören. Europa muß eine konstruktive und partnerschaftliche Rolle gegenüber den Staaten des Maghrebs und des Nahen Ostens spielen. Der wirtschaftliche und politische Fortschritt in diesen Regionen ist auch eine Voraussetzung für den Erfolg der Europäischen Integration.

Darüber hinaus muß die Europäische Union ihre Verantwortung den Ländern der Dritten Welt gegenüber wahrnehmen. Der EGB nutzt dabei gemeinsam mit seinen Partnern alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen des Lome-Abkommens.

In diesem Zusammenhang ist die Europäische Union aufgefordert, weiterhin die Aufnahme von Sozialklauseln in internationale Handelsabkommen zu fördern. Diese Sozialklauseln müssen die Unterzeichner verpflichten, die internationalen Sozialstandards zu respektieren, insbesondere was das Koalitionsrecht und das Recht auf Tarifverträge, das Verbot der Kinderarbeit und jeglicher Diskriminierung, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Zwangsarbeit angeht.

Der EGB fordert vom Essener Gipfel die Verabschiedung eines Aktionsprogramms zur Förderung von Toleranz und Solidarität allen in der Europäischen Union lebenden Menschen gegenüber. Grundlage dafür bietet der Bericht, der auf Initiative der deutschen und französischen Regierungen erstellt worden ist. Die politische und die gesellschaftliche Verantwortung verlangen, den Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der EGB und alle seine Mitgliedsorganisationen werden alles tun, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Vertragsrevision 1996: Für mehr Demokratie und eine starke soziale Dimension

Die für 1996 vorgesehene Revision des Maastrichter Vertrages, die von Regierungskonferenzen vorbereitet werden wird, markiert eine außerordentlich wichtige Etappe für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger. Für den EGB, der den Anspruch erhebt, bei den Fragen, die die Arbeitswelt betreffen, direkt und beratend an den Verhandlungen beteiligt zu werden, sind zwei Bereiche besonders wichtige Pfeiler für den Ausbau Europas:

- * Die Stärkung der Demokratie und ihrer institutionellen Strukturen durch eine Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments.
- * Die Einbeziehung sozialer Grundrechte - vor allem was das Koalitionsrecht und das Recht auf grenzüberschreitenden Arbeitskampf angeht - und die Einbeziehung des Sozialprotokolls, derzeit Anhang zum Maastrichter Vertrag, in den revidierten Vertrag.

(-/2. Dezember 1994/rs/ks)
